

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport** der Stadt Burgdorf am **17.02.2011** im Mehrzweckraum der Grundschule Otze, Heeg 17

16.WP/SchKuSpo/020

Beginn öffentlicher Teil: 16:40 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:20 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Gärtner, Bodo

stellv. Vorsitzende

Meinig, Birgit

Mitglied/Mitglieder

Braun, Hartmut

Heldt, Gabriele

Hunze, Carl

Obst, Wolfgang

Rück, Stefanie

Schrader, Karl-Ludwig

Zielonka, Holger Dr.

Elternvertreter

Walter, Jutta

Lehrervertreter

Wyrwoll, Lars

- Vertreter für Frau Andrea
Barth-Drews -

Beratendes Mitglied für den Bereich Sport

Runge, Alfred

Vertreter des Seniorenrates

Lüders, Karen

Verwaltung

Barm, Henry

Baxmann, Alfred

Heuer, Stefan

Strecker, Dagobert

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit. Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 15.11.2010
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen lt. Geschäftsordnung
5. Aussprache über die Besichtigung

Kultur- und Sportangelegenheiten

6. Straßenbenennung
- Antrag der CDU-Ratsfraktion der Stadt Burgdorf vom 17.01.2011 -
Vorlage: 2011 0874
7. Zuschussantrag Renovierung "Neue Schauburg"
Vorlage: 2011 0859
8. Zuschuss SV Sorgensen von 1949 e.V.
Vorlage: 2011 0868
9. Satzungsaufhebung der Benutzungssatzung für Gebäude und Sportanlagen der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2011 0876
10. Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbücherei der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2011 0885

Schulangelegenheiten

11. Grundschule Otze - Nutzung des Schützenheims Otze für den Ganztagsbetrieb
Vorlage: 2011 0895
12. Sachstandsbericht zur Einführung Offener Ganztagschulen
13. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit. Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Gärtner eröffnete die Sitzung, begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste und stellte die Anwesenheit und Beschlussfähigkeit fest. **Herr Gärtner** teilte mit, dass der Tagesordnungspunkt 6 vertagt sei, da zunächst eine interfraktionelle Sitzung zur Straßennamensfindung stattfinde. Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 15.11.2010

Die Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 15.11.2010 wurde bei **zwei Enthaltungen einstimmig** beschlossen.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

- a. **Herr Strecker** informierte über die am 09.12.2010 stattgefundenen Wahlen zum Stadtschülerrat. Herr Kevin-Alexander Büsing sei zum Sprecher sowie Herr Felek Selvi zum Vertreter gewählt worden.
- b. Frau Silies wurde der Dienstposten der Konrektorin an der Gudrun-Pausewang-Grundschule zur kommissarischen Wahrnehmung und zur Erprobung übertragen, so **Herr Strecker**.
- c. **Herr Strecker** führte aus, dass für das Programm „Profilierung der Hauptschule“ ein erneuter Zuwendungsbescheid für die Jahre 2011 bis 2014 bewilligt wurde.

Herr Braun erfragte, ob demnächst mit Schülervertretern im Ausschuss gerechnet werden könne. **Herr Strecker** hält dies für ungewiss. Bereits die Wahlen für den Stadtschülerrat sind mangels Interesse schwer durchzuführen gewesen.

4. Anfragen lt. Geschäftsordnung

K E I N E

5. Aussprache über die Besichtigung

Frau Meinig bedankte sich für die Gastfreundschaft in der Schule. Sie habe einen guten Eindruck von der Arbeit in der Schule erhalten.

Kultur- und Sportangelegenheiten

**6. Straßenbenennung
- Antrag der CDU-Ratsfraktion der Stadt Burgdorf vom 17.01.2011 -
Vorlage: 2011 0874**

V E R T A G T

7. Zuschussantrag Renovierung "Neue Schauburg"
Vorlage: 2011 0859

Herr Strecker führte einleitend aus, dass der Rat vor 15 Jahren der Schauburg einen Zuschuss bewilligt habe. Dieser Zuschuss sei damals unter der Bedingung gewährt worden, dass der Kinobetrieb mindestens 15 weitere Jahre aufrecht erhalten werden müsse, da er ansonsten anteilig zurückzuerstatten gewesen wäre. Der Ablauf dieser 15 Jahre sei der Betreiberin des Kinos bestätigt worden. Kurz darauf sei das vorliegende Schreiben eingegangen.

Frau Meinig hält die Schauburg für einen Wirtschaftsbetrieb der entsprechend zu wirtschaften habe. Jedoch stellt die Schauburg ein Aushängeschild über die Filmvorführungen hinaus für Burgdorf dar. Finanzielle Mittel stehen nicht im Haushalt zur Verfügung. Für denkbar hält die SPD-Fraktion einen Zuschuss.

Herr Obst machte deutlich, dass die damalige Unterstützung in Höhe von 50.000 DM die richtige Entscheidung gewesen sei. Es gebe kein Kino entsprechender Größe in der Umgebung. Die Schauburg sei ein Wirtschaftsunternehmen und sei daher als solches zu führen. Bei 50.000 Zuschauern im Jahr könnten die Investitionen über die Jahre durch eine dezente Eintrittspreisenerhöhung finanziert werden. Für die Stadt sei aufgrund der Haushaltslage eine finanzielle Unterstützung nicht leistbar. Die CDU-Fraktion spricht sich gegen einen Zuschuss aus.

Herr Schrader hält die Begründung für zu kurz. Andererseits stellte **Herr Schrader** fest, dass die Stadt Wirtschaftsunternehmen bei der Ansiedlung in Burgdorf unterstütze. Von daher wäre ein symbolischer Betrag zumindest denkbar.

Herr Braun sieht keine Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung. Der Antrag sollte im Rahmen der Haushaltsberatungen 2012 behandelt werden.

Frau Lüders ist der Auffassung, dass die Schauburg einer Unterstützung bedarf. Diese Unterstützung müsse nicht finanziell sein. Älteren Bürger gibt die Schauburg die Möglichkeit, kulturelle Angebote wahrzunehmen.

Herr Zielonka hält die Schauburg für einen wichtigen Marketingfaktor der Stadt Burgdorf. Er habe sich daher mehr Vorarbeit von der Verwaltung erhofft. **Herr Baxmann** entgegnete, dass es sich hierbei um eine politische Entscheidung handelt. Auf die Haushaltslage sei bereits hingewiesen worden. **Herr Runge** hält eine Grundsatzentscheidung für erforderlich. Es besteht die Gefahr, dass sonst andere Unternehmen an die Stadt wegen einer finanziellen Unterstützung herantreten. Dem konnte **Herr Schrader** nicht folgen, da die Schauburg nicht mit anderen Wirtschaftszweigen vergleichbar sei.

Herr Hunze hält ebenfalls eine Grundsatzentscheidung für erforderlich.

Herr Baxmann schlug vor, dass er sich mit dem Stadtmarketingverein in Verbindung setzen würde.

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport beauftragte den Bürgermeister einstimmig, mit dem Stadtmarketingverein in Kontakt zu treten, um eine mögliche finanzielle Unterstützung von dort auszuloten.

8. **Zuschuss SV Sorgensen von 1949 e.V.**
Vorlage: 2011 0868

Herr Gärtner leitete den Tagesordnungspunkt ein und erfragte, wie viel Mittel im Ansatz für 2011 stehen bzw. wie viel Mittel in 2010 ausgegeben worden seien. **Herr Strecker** teilte mit, dass die Ausgaben für 2010 nicht beziffert werden können. Ihm liegen die Zahlen nicht vor, in 2011 stehen 10.000 € im Haushaltsansatz.

Herr Obst hält es für erforderlich, den Antrag zu unterstützen. Der Verein leiste eine gute sportliche Arbeit. Dem schloss sich **Frau Meinig** an.

Herr Schrader sei grundsätzlich für eine Unterstützung des Vereins. Die Vorlage 2011 0893 müsse jedoch beachtet werden. **Herr Schrader** sei unsicher, ob der Zuschuss nicht umsonst bewilligt werde. **Herr Zielonka** führte aus, dass der Antrag auf zwei neue Fußballplätze südlich der „Schützenkate“ perspektivisch zu betrachten sei. Es gäbe für den Antrag 0893 keine kurzfristige Lösung. Diese Auffassung teilte **Herr Baxmann**. **Herr Obst** ergänzte, dass für den Antrag Flächen benötigt und die Finanzierung geklärt werden müsse.

Herr Hunze erkundigte sich, ob zwischen Sportverein und Anliegern aktuell Streitigkeiten bekannt seien. **Herr Baxmann** teilte mit, dass es nur die übliche Probleme zwischen den Parteien gibt. Des Weiteren wies **Herr Baxmann** darauf hin, dass der Verein vor einigen Jahren 100.000 DM als Zuschuss erhalten habe. Die getätigten Investitionen müssen sich noch rentieren. Hinsichtlich eines Flächenankaufes führte **Herr Baxmann** aus, dass ihm bekannt sei, dass den Eigentümern eine finanziell lukrativere Vermarktung vorschwebe.

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport empfiehlt **einstimmig**:

Beschlussvorschlag:

- a) **Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport und der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfehlen dem Verwaltungsausschuss, den nachstehenden Beschluss zu fassen.**
- b) **Der Verwaltungsausschuss beschließt, dem SV Sorgensen für die geplanten Maßnahmen einen Zuschuss in Höhe von 3.370,00 €, jedoch maximal 10 % der Kosten, zu gewähren.**

9. **Satzungsaufhebung der Benutzungssatzung für Gebäude und Sportanlagen der Stadt Burgdorf**
Vorlage: 2011 0876

Herr Baxmann sagt auf Nachfrage zu, dass die Dienstanweisung der Politik vorgestellt werde.

Frau Heldt wies darauf hin, dass sich der Ortsrat Schillerslage gegen eine zukünftige Nutzung der Mehrzweckhalle für Ausstellungen mit Tieren ausgesprochen habe.

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport/Verwaltungsausschuss empfehlen dem Rat der Stadt Burgdorf, den nachstehend formulierten Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die Satzungsauhebung der Benutzungssatzung für Gebäude und Sportanlagen der Stadt Burgdorf mit Wirkung vom 01.03.2011.

Der Bürgermeister wird beauftragt, anstelle der Satzung eine entsprechende Dienstanweisung zu erlassen.

**10. Benutzung- und Gebührensatzung für die Stadtbücherei der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2011 0885**

Herr Strecker erläuterte einleitend, dass mit dem vorliegenden Satzungsentwurf der Beschluss des Rates hinsichtlich des Haushaltssicherungskonzeptes zu einer Gebührenerhebung umgesetzt werde. Gleichzeitig habe man die Möglichkeit genutzt, die zwei vorhandenen Satzungen zusammenzuführen. Als Änderung wurde im Entwurf die Erhöhung des auswärtigen Leihverkehrs, die einmalige Ausleihe und die Gebührenbefreiung für Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres eingearbeitet. Die Gebührenbefreiung für Kinder und Jugendliche sei wichtig, um ein Interesse der Zielgruppe für die Nutzung der Stadtbücherei zu wecken.

Herr Zielonka begrüßte die vorgesehene Gebührenbefreiung für Kinder und Jugendliche und erfragte, ob es einen Fortschritt beim Büchereiverbund zwischen Schulen und Stadt gibt. **Herr Strecker** erläuterte, dass es keinen neuen Sachstand gibt, da die personellen Voraussetzungen in der Bücherei dies nicht zulassen würden. **Frau Meinig** hält es für wichtig, das Ziel eines Büchereiverbundes weiterzuverfolgen.

Herr Schrader erfragte, warum die Altersgruppen der 17. und 18. jährigen nicht von der Gebühr befreit werden. **Herr Strecker** erwiderte, dass eine Grenze gezogen werden musste. Die vorgeschlagene Altersgruppe wird für sinnvoll erachtet, da hier der Übergang zum Erwachsenen beginnt.

Herr Obst führte aus, dass die CDU-Fraktion generell den Satzungsentwurf ablehne, solange das Haushaltssicherungskonzept nur auf eine Erhöhung der Einnahmen der Stadt ausgelegt sei. Auch die Ausgabeseite der Stadt müsse berücksichtigt werden. **Frau Rück** stellte fest, dass eine Gebührenerhöhung immer schmerzt. Das Angebot der Bücherei rechtfertige aber diese geringfügige Gebührenerhebung. **Herr Baxmann** legte dar, dass der Kostendeckungsgrad der Bücherei bei 10% liegt. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss, unter Beteiligung der CDU, forderte, diesen Kostendeckungsgrad konstant zu halten bzw. zu erhöhen. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungsrate sei die vorgesehene Erhöhung moderat.

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport und der Verwaltungsausschuss empfehlen dem Rat der Stadt Burgdorf, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die Benutzung- und Gebührensatzung für die Stadtbücherei der Stadt Burgdorf.

Die Satzung tritt am 01.04.2011 in Kraft.

11. Grundschule Otze - Nutzung des Schützenheims Otze für den Ganztagsbetrieb Vorlage: 2011 0895

Frau Rück verdeutlichte zunächst, dass in der Ursprungsvorlage einem neuen Schulanbau nicht zugestimmt wurde, da die Ausgabeseite der Stadt berücksichtigt wurde. Aus pädagogischer Sicht hätte es eine bessere Lösung geben können. Die Lösung im Schützenhaus ist aber unter Berücksichtigung der Kosten die momentan bestmögliche Lösung.

Herr Obst verwies auf den bereits in der Vergangenheit gemachten Vorschlag zur Nutzung des Schützenheims. Für den Kitaanbau besteht zukünftig durch die Weiterentwicklung von Wohngebieten ein Bedarf. Die Nutzung des Schützenheims sei gut, jedoch müsse eine Einigung über eine akzeptable Pachthöhe noch erzielt werden. **Herr Baxmann** erläutert, dass noch keine Einigung mit dem Schützenverein hinsichtlich der Pachthöhe bestehe. Er empfindet die Forderung des Schützenvereins in Höhe von 3.000,00 € als nicht solidarisch, zumal der Schützenverein von den städtischen Investitionen profitiere. **Herr Baxmann** hält einen Kompromiss bei der Pachtsumme bei einem Betrag in Höhe von 2.500,00 €/Jahr einschließlich Nebenkosten für möglich. **Herr Hunze** wies die Unterstellung gegen den Schützenverein zurück. Die geforderte Pachthöhe in Höhe von 3.000,00 € sei eine Forderung der Schützenversammlung gewesen.

Herr Zielonka hält das gefundene Modell für beispielgebend. Nur sei es enttäuschend, dass der Vorschlag nicht bereits vor einiger Zeit aufgegriffen wurde. Die damals vorgeschlagene Lösung im Schützenheim sei als Zwischenlösung vorgetragen worden. Von daher sei sie für die Verwaltung nicht akzeptabel gewesen, so **Herr Baxmann**. Bei einer Laufzeit von 10 Jahren haben beide Seiten hingegen einen Vorteil.

Herr Braun verdeutlichte nochmals, dass mit der damaligen Absage an einen Schulanbau ausschließlich die finanziellen Belastungen der Stadt betrachtet wurden. Der Kompromiss sei in Ordnung.

Frau Lüders verweist auf Partnerschaften zwischen Senioren und Schule. So sei die Möglichkeit eines gemeinsamen Essens gegeben. Weiterhin hält **Frau Lüders** die Essensversorgung durch einen Caterer aus der Ortschaft für gut. Hinsichtlich der Kosten für ein Essen sollte überdacht werden, ob nicht eigenes Geschirr genutzt werden kann. Hier gibt es Unterschiede in der Höhe der Mehrwertsteuer. **Herr Baxmann** stellt klar, dass bei eigenem Geschirr die erforderlichen Investitionskosten deutlich höher seien. U.a. sei die technische Ausstattung (z.B. Fettabscheider) anspruchsvoller. Sicherlich sei ein einheimischer Caterer wünschenswert. Jedoch seien vergaberechtliche Vorgaben zu beachten.

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport, der Ortsrat Otze und der Verwaltungsausschuss empfehlen dem Rat, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. **Der in der Ratssitzung am 09.12.2010 gefasste Beschluss 2010 0836 „Grundschule Otze – Alternativen für eine Erweiterung“ wird aufgehoben.**

2. Für die Absicherung des Ganztagsbetriebes an der Grundschule Otze für die Mittagsverpflegung wird für die Dauer von 10 Jahren das Schützenheim Otze genutzt. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Nutzungsvertrag mit dem Schützenverein Otzenia Otze e.V. zu schließen.

12. Sachstandsbericht zur Einführung Offener Ganztagschulen

Herr Strecker führte aus, dass die Anträge auf Einrichtung Offener Ganztagschulen für die Grundschulen gestellt wurden. Bisher liegt keine Nachricht seitens des Ministeriums vor. Mit den Grundschulen finden regelmäßige Abstimmungsgespräche statt. Dabei werden wichtige Fragen betreffend der Einführung besprochen. Auch die Jugendpflegeabteilung sei in die Gespräche eingebunden. Festzustellen sei, so **Herr Strecker**, dass es schwierig werden dürfte, für jede Schule ein entsprechendes Angebot für die Arbeitsgemeinschaften zu erhalten. Nicht jede Schule zeigt die Organisationsbereitschaft wie die Grundschule Otze.

Frau Meinig erfragte, ob für alle Grundschulen die Einführung Offener Ganztagschulen für die Jahrgangsstufen eins bis vier beantragt wurde. **Herr Strecker** bejahte dies. Die Grund- und Hauptschule I sowie die Gudrun-Pausewang-Grundschule beabsichtigen, zunächst nur mit der dritten und vierten Jahrgangsstufe zu beginnen.

Herr Braun hält die Qualität des Mittagessens für wichtig und erfragte, ob es individuelle Lösungen für die Schule gäbe. **Herr Strecker** hält individuelle Lösungen für möglich. Jedoch seien diese dann nicht unbedingt kostengünstiger. Auch andere Burgdorfer Caterer wurden bereits ins Spiel gebracht. Die Bedingungen werden noch durch den Schulträger festgelegt.

13. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Herr Obst bat um Mitteilung zum Mensabetreiber des Gymnasiums Burgdorf hinsichtlich möglicher Probleme. **Herr Strecker** teilte mit, dass vor zwei Wochen ein gemeinsames Gespräch zwischen Pächter, dem Gymnasium und der Verwaltung stattgefunden habe. Es gäbe nach dem Gespräch keine ausdrücklichen Probleme. **Herr Hunze** habe die Information, dass der Betreiber den Vertrag kündigen möchte. **Herr Strecker** sei das Gerücht auch bekannt, eine dementsprechende Aussage des Betreibers, liege jedoch nicht vor.

Herr Gärtner erfragte, wann die Schaltung der Lichtsignalanlage Immenser Straße/Berliner Ring geändert werde. Dies sollte bereits 2010 erfolgen. **Herr Baxmann** wies darauf hin, dass dies nicht in den Händen der Verwaltung liegt. **Herr Strecker** ergänzte, dass Gleiches für die Lichtsignalanlage bei Penny in der Immenser Straße gelte.

Einwohnerfragestunde

Herr Buchholz-Eggers (Elternvertreter Astrid-Lindgren-Grundschule) hält die Essensversorgung in der Offenen Ganztagschule für wichtig und erfragte, ob es hier einen Dialog zwischen Verwaltung und Eltern gäbe. Des Weiteren machte **Herr Buchholz-Eggers** deutlich, dass durch die Bauarbeiten an der Astrid-Lindgren-Grundschule der Hort beeinträchtigt und dass die Zeitplanung zu beachten sei. Ggf. müsste der Einführungsbeginn verschoben werden. **Herr Strecker** erläuterte kurz den Stand der Planung und wies darauf hin, dass ein Dialog mit Eltern möglich sei. **Herr Baxmann** sieht für die Planung der Ganztagsangebote die Schulen in der Pflicht. Hier erwiderte **Herr Buchholz-Eggers**, dass die Einstellung der Sozialpädagogin wichtig sei. Eine Einstellung sei erst nach Genehmigung des Kultusministeriums und rechtskräftiger Haushaltssatzung möglich, so **Herr Strecker**. Die Inhalte der AGs seien Aufgabe der Schule. Diese kenne die Interessen der Schüler. Die Sozialpädagogin sei für die Organisation zuständig. **Herr Baxmann** sei nicht bereits ein Einstellungsverfahren einzuleiten, solange die genannten Voraussetzungen nicht gegeben seien bzw. die Politik ihn hierzu nicht legitimiere.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzender

Protokollführer